



Holger Lauinger (6)

Die Sonderwohlfahrtszone

„Wenn das so weitergeht ist irgendwann der Zeitpunkt gekommen, an dem man sich überlegen mu

Holger Lauinger

Schrumpfungprozesse in den Neuen Ländern – Raumordnung oder Gesellschaftsordnung? Wer offenen Auges durch die Regionen jenseits der Leuchttürme aktueller Förderpolitik fährt, kann an der Anzahl stillgelegter Bahnhöfe die Botschaft für zahlreiche Städte und Regionen erkennen: Gleichwertige Lebensverhältnisse werden nicht mehr garantiert.

Rainer Land, Chef des Netzwerks Ostdeutschlandforschung beschreibt die zunehmende räumliche Fragmentierung folgendermaßen: „Neben den wenigen prosperierenden Regionen finden wir Gebiete, die im Grunde genommen nicht von der Entwicklung der anderen Regionen profitieren – wo wir Überflüssigkeit haben, überflüssige Menschen, überflüssige Standorte. Und das große Problem in den abgekoppelten Regionen sind prekäre Lebensstandards und die Perspektivlosigkeit.“

Das Projekt „Shrinking Cities“ der Bundeskulturstiftung (2002 bis 2006) hatte sich zur Aufgabe gemacht, alternative Lösungsansätze für disparate Städte und Regionen zu erörtern und in den offiziellen Planungsdiskurs einzubringen. „Ein wesentlicher Ansatzpunkt für die erforderlichen neuen Handlungsmodelle ist eine Ermächtigung des Lokalen, eine Stärkung autonomer Handlungsspielräume“, meint Philipp Oswald, Leiter des Initiativprojekts. Der Verzicht auf die Durchsetzung gesamtstaatlicher Einheitsvorstellungen müsse keineswegs ein Tribut an die neoliberale Politik der Standortkonkurrenz sein.

Wenn Schrumpfungprozesse bestehende gesellschaftliche Werte und Modelle infrage stellen, wie könnte dann ein diskursfähiges Szenario für die Zukunft in den Städten abgekoppelter Regionen aussehen? Jesko Fezer, Architekt in Berlin, Uwe Rada, Journalist in Berlin und Stephan Lanz, Stadtplaner in Frankfurt an der Oder, wurden beauftragt, am Beispiel der brandenburgischen Stadt Forst an der Grenze zu Polen thesenartig eine alternative Stadtentwicklungsstrategie zu formulieren. Angenommen eine Stadt kann mit den Mitteln staatlicher und städtischer Politik keine ausreichende urbane Infrastruktur mehr gewährleisten. Angenommen trotz massiver Zuwendungen des Staates verschlechtern sich die lokalen Lebensbedingungen weiter, die lokale Ökonomie bricht vollständig zusammen, in Folge der Abwanderung erhöhen sich sukzessive die nötigen Zuwendungen, um einen urbanen Minimalstandard aufrechtzuerhalten. Dann wird es notwendig, die Kommune radikal neu zu denken.



Unbewohnte Straßenzüge in Ostdeutschland stellen bestehende städtebauliche Instrumente in Frage, die nach wie vor auf Wachstum ausgerichtet sind.

Im Rahmen des Projekts „Shrinking Cities“ entwickelte ein Planerteam das Konzept einer Sonderwohlfahrtszone für Ostdeutschland, in der Kommunen unabhängig vom Staat agieren – ein Diskurspapier für ein radikales Umdenken im Umgang mit schrumpfenden Städten.

s, **ob man die Stadt nicht einfach schließt.**“

Jürgen Goldschmidt, Baudezernent von Forst, 2004

Ausgehend von diesen Fragen entwickelten die Planer das Modell einer Sonderwohlfahrtszone (SWoZ). Die Deregulierungen einer Sonderwirtschaftszone verbinden sie mit den sozialen Sicherungen von Wohlfahrtsprojekten auf der Grundlage von kommunaler Selbstverwaltung und direkter Demokratie. Dieser Synthese verpflichtet sind die Hauptmerkmale der SWoZ – eine lokale Selbstverwaltung, ein garantiertes Grundeinkommen und die so weit als mögliche Kommunalisierung und Deregulierung von Arbeits-, Bau-, Wirtschafts- oder Sozialrecht. Auf diesen Grundlagen sollen die sozialen Lebensverhältnisse, die wirtschaftlichen Aktivitäten, die lokale Kultur und die Nutzung der Stadt von den Bewohnern neu gestaltet werden (siehe Prinzipien der Sonderwohlfahrtszone Seite 18).

Die Konzeption der Sonderwohlfahrtszone hat den politischen Anspruch, sich gegen eine einseitige Wachstumsideologie zu formieren. Und vielleicht ist es auch tatsächlich so, dass eine leichte Modifikation der Gesellschaft in einem kommunal-politischen Zusammenhang neue Möglichkeitsräume eröffnen kann. Dann müssten beispielsweise die Kommunen ein reges Interesse an dezentralen Systemen regenerativer Energien entwickeln, die sie energie-wirtschaftlich autark und marktunabhängig werden lassen könnten. Außerdem sollten bei Leerstand nicht Eigentumsrechte den sozialen Gebrauch von Immobilien verhindern. Und warum muss Arbeit gesellschaftlich repressiv behandelt werden, wenn zugleich die Voraussetzungen tagtäglich erodieren? Wurde schon einmal untersucht wie viel sinnvolle Planungsansätze nicht realisiert werden konnten, weil sie dem Bürokratismus oder privatwirtschaftlichen Interessen widersprachen? Auch scheinbar objektive, neutrale

Planungsversprechen, wie unter anderem die „Perspektive schlanke Stadt“ der IBA Stadtumbau 2010, sollten vor ihrem gesellschaftlichen Ideenhintergrund diskutiert werden: Welche Interessen, welche Zielvorstellungen hinter diesen Slogans stecken und ob die schlanke Stadt tatsächlich kommentarlos leitbildfähig ist. Sicher, es wäre fatal zu glauben, dass Stadtplanung soziale Widersprüche allein beheben kann. Dennoch sollte gerade in der Planungsprofession schon lange eine fundamentale Diskussion stattfinden. Planung ist per se nicht neutral. Wenn sie stumm verharren, machen sich auch Planer zu Komplizen der fortschreitenden Probleme. Die Ghettoisierung ländlicher Regionen und städtischer Quartiere findet vielerorts bereits statt. Die Verfasser des Konzepts „Sonderwohlfahrtszone“ haben das erkannt. Sie haben den Diskurs eröffnet.



Holger Laing

„Also wenn diese Förderpolitik, die jetzt im Land Brandenburg angedacht ist, dass also nur noch Schwermetalle...“
 Horst Willcke, Bürgermeister Neulitzegöricke (Oderbruch), 2005

Prinzipien der Sonderwohlfahrtszone

Die SWoZ ist ein Ort lokaler Selbstverwaltung und direkter Demokratie.

Die Kommune ist per Vertrag keine Verwaltungsebene unterhalb der politischen Ebene des Staates mehr, sondern ein eigenständiges lokales politisches System, das keiner Rechtsaufsicht übergeordneter Ebenen unterliegt. Sie gründet auf Selbstverwaltung und direkter Demokratie. Es existiert ein lokales Bürgerrecht. Das öffentliche Dienst- und Haushaltsrecht gilt nicht mehr. Bestehende Verwaltungsregelungen werden ersetzt, die Kategorien Amt und Beamter aufgelöst.

Die SWoZ garantiert ein vorbehaltloses, existenzsicherndes Grundeinkommen.

Die Kommune gewährt eine vorbehaltlose Grundsicherung. Sie sichert die Lebenshaltungskosten, ermöglicht die gesellschaftliche Teilhabe ohne den Zwang zur Erwerbsarbeit. Das gilt zusätzlich zu allen Einkommen. Über die konkrete Höhe entscheidet die Selbstverwaltung. Die ersparten Verwaltungskosten erstattet der Staat der SWoZ. Um die Übergangssituation von der Erwerbsarbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft zu erleichtern, baut die SWoZ eine Infrastruktur mit Agenturen und Häusern für Eigenarbeit. So wird das Grundeinkommen das Spektrum nützlichen Tätigseins ebenso wie dessen gesellschaftliche Anerkennung deutlich erweitern – und zwar in sozialer Hinsicht, aber auch bezogen auf neue Produkte und Dienste.

Die SWoZ gründet auf radikaler Kommunalisierung und Deregulierung von Arbeits-, Bau-, Wirtschafts- und Sozialrecht.

Das Baugesetzbuch wird aufgelöst. Öffentliche Dienste, die in übergeordneter staatlicher Hoheit lagen, werden kommunalisiert. Dies gilt etwa für Schulen oder das Bauwesen. Sozialversicherungen können kommunalisiert werden, sofern sie rechtlich und ökonomisch in größere Kontexte wie einen Risikostrukturausgleich eingebettet sind. Nicht sinnvoll kommunalisierbare Regulierungen wie Straf- und Zivilrecht, Umweltschutz oder ähnliches bleiben unberührt. Der Kommune kommt lediglich die Pflicht zu, mit Hilfe der staatlichen Pauschalen die Infrastruktur für die Daseinsvorsorge zu garantieren. Sie bestimmt aber die Standards selbst. Die SWoZ ist immer offen für Zuzug

Die Lage ist so ernst wie lange nicht. Doch vielleicht sollte man, um den Rückzug der Wachstumswelt als produktives Gesellschaftsprojekt zu etablieren, die Argumentation einfach umdrehen: Nicht immer nur über die Kosten und Verluste sprechen, die die vom Umbruch besonders drangsalieren Orte und Landschaften unentwegt verbuchen, sondern auch einmal die Freude über das „Mehr“ wecken, über den freien Raum der schließlich hier zu gewinnen ist: Freiraum für Ideen, die dringender denn je gebraucht werden, aber auch für neue Akteure, die auf solche noch nie da gewesene Gelegenheit nur gewartet haben ... Für Kundschafter einer völlig neuen Lebensweise. Wäre das eine wirklich so erschreckende Vision?

Wolfgang Kil (Luxus der Leere, 200



Das Konzept einer Sonderwohlfahrtszone würde den Kommunen und Bürgern mehr Eigenverantwortung abverlangen.

oder der Speckgürtel gefördert werden sollen, umgesetzt wird, bedeutet dies das Aus für die ländlichen Regionen.“

Die SWoZ erhält staatliche Transfers in gleicher Höhe, aber nicht zweckgebunden sondern pauschaliert.

Die Summe der staatlichen Mittel, seien es Förderprogramme, Investitionsmittel oder soziale Transferleistungen, EU-, Bundes- oder Landesmittel, werden als Pauschale an die SWoZ überwiesen. Die Mittelvergabe ist Sache eines Bürgerhaushaltes. Die SWoZ bleibt für die öffentliche Hand kostenneutral.

Über die Mittel der SWoZ entscheidet ein partizipativer Bürgerhaushalt.

Die pauschalierten staatlichen Zahlungen und die selbst erwirtschafteten Mittel verwaltet ein Bürgerhaushalt. Die „Bürgerbeteiligung“ wird zur Selbstverwaltung, in der Experten der Stadtverwaltung nur noch beratende, moderierende und technisch ausführende Rollen innehaben.

Die SWoZ fördert die kommunale Bewirtschaftung brachliegender Flächen.

Die SWoZ hat einen kommunalen „Liegenschaftsfond“ in Form einer Stiftung oder Genossenschaft. Die Bewohner können brachliegende Immobilien gegen eine minimale Gebühr nutzen. Menschen ohne Arbeit können Raumressourcen produktiv nutzen.

Weitere Informationen zur „Sonderwohlfahrtszone“ unter <http://forstertuch.schader-stiftung.de/audio/Rada.mp3>

Ein Blick aus dem Zugfenster in Ostdeutschland: Leerstehende Industriegebäude verdeutlichen, dass die wirtschaftliche Situation vieler Regionen prekär ist.

